

Auer Tageblatt

Regierungspreis: Durch unsern Posten frei ins Haus monatlich 90 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und ist abgeholt monatlich 2.70 Mk. monatlich 90 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 3.15 Mk. monatlich 3.04 Mk. Er scheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsänderungen und Ausgabestellen, sowie alle Postanfragen und Briefträgergehälter sind den Redaktionen entgegen.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tagesblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unzerlegt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Regierungspreis: Die durch unsern Posten frei ins Haus monatlich 90 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und ist abgeholt monatlich 2.70 Mk. monatlich 90 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus monatlich 3.15 Mk. monatlich 3.04 Mk. Er scheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsänderungen und Ausgabestellen, sowie alle Postanfragen und Briefträgergehälter sind den Redaktionen entgegen.

Nr. 160

Freitag, den 12. Juli 1918

13. Jahrgang

Eine Reichskanzler-Rede.

Die äußere Politik bleibt unverändert; Kühlmann aus persönlichen Gründen zurückgetreten. — Finnische Auszeichnungen für Hindenburg und Ludendorff. — Englische Bomben auf Holland. — Neue englische Maßregeln gegen gefangene Deutsche.

Rede des Reichskanzlers im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß des Reichstages stand gestern der Entwurf, betreffend den 15-Milliarden-Kredit zur Verwertung. Einleitend erklärte Vizekanzler von Baher, der Reichskanzler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben, nur selten bei solchen Umständen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Deshalb wünsche er, daß dem vorgebeugt und alles, was der Kanzler als vertraulich erklärte, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme.

Der Reichskanzler

erklärte, daß der Wechsel in der Leitung des auswärtigen Amtes in dem Kurse der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde, sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde sich nach wie vor auf den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers vorgezeichnet waren.

Soweit der Wille der Regierung in Betracht komme, seien in innerpolitischer Hinsicht alle gegebenen Zusagen innegehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf die Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen, um diese zu Ende zu führen.

Nach außenhin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Aller Welt sei die ehrliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung seit längerem bekannt. Es habe sich darin auch weder bisher etwas geändert, noch werde dies in Zukunft geschehen. Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde nach wie vor aufs stärkste hervortrete, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Balfour. So lange darin kein Wandel geschehe, seien wir zum weiteren Kampf um unsere Freiheit und unsere Volksherrschaft genötigt. In der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsvorschläge der uns feindlichen Mächte einzugehen, sei aber die politische Reichsleitung mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig.

Der Wechsel im Staatssekretariat bedeute keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deutschen Reiches führe allein verantwortlich der Reichskanzler. Der Sekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu führen. An meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede am 29. November vorigen Jahres vor dem Plenum des Reichstages Mitgeteilt habe, sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik, halte ich meinerseits vollkommen fest. Darin wird sich, so lange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern. Meine Herren! Bezüglich der inneren Politik habe ich die damals gegebene Zusage, soweit es in meinem Willen lag, vollkommen eingehalten, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weiteren Ausführungen der von mir gemachten Zusage erfolgen und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich damals am 29. November gesagt, ich stehe auf dem Standpunkt der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres; die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort besetzt, besetzt auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf zur unabsehbaren Fortsetzung des Krieges. Meine Herren! Was haben wir nun aber erlebt? Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hände zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Meine Herren! Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung, und was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem deutsch denkenden die Hornesbeie in das Gesicht treiben. Meine Herren! Wir müssen mit unserem treuen Volk ausdauern. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes, daß überall der ernste Wille besteht: so lange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten, und wir werden durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heeresführung und im Ver-

Der heutige amtliche Kriegsbericht

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 12. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu kräftigem Feuerüberfall auf Kampfstellungen und Hintergelände. Südwestlich von Ypern und bei Lens, sowie nordöstlich Albert wurden stärkere Vorstöße mehrfacher Erkundungsabteilungen abgewiesen. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne blieb die Tätigkeit der Franzosen reglos. In Vorfeldkämpfen im Walde von Villers-Cotterets machten wir Gefangene. Westlich von Reims wiesen wir Erkundungsvorstöße des Feindes zurück.

Leutnant Stekel errang seinen 20. Aufstieg.

Von dem gestern im Anflug auf Koblenz gemeldeten amerikanischen Geschwader, fiel auch das 6. Flugzeug durch Abschuss in unsere Hand.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

20000 Tonnen versenkt.

(Amtlich.) Berlin, 11. Juli. Von unseren Unterseebooten sind im Kanal neuerdings 4 bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 Brt. versenkt worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

trauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und sorgelosen Opfern so wunderbar erträgt. Wenn sich aber irgendwo ernsthaftige Regungen für die Annäherung eines Friedens oder auch nur der erste Schritt zu dieser Annäherung zeigen würde, dann würden wir auch ganz gewiß uns nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden diesen ernst gemeinten, ich sage ausdrücklich „ernst gemeinten“, Anregungen sofort mit allem Ernst nachgeben. Meine Herren! Ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird, denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt gewisse Fragen darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorhitz Seiner Majestät des Kaisers eingehende Besprechungen stattgefunden.

Also zunächst bezüglich des Ostens. Meine Herren! Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in lothaler Weise ausgeführt sehen. Die Schwierigkeit der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegt darin, daß, wie Sie wissen, die Verhältnisse in Rußland noch so außerordentlich unsicher sind. Wir werden nicht so unbedingt annehmen dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen lokalen Zusagen überall durchzuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörlich Veränderungen, unaufhörlich Reibungen in den Grenzgebieten und unaufhörlich Übergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppen. Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des juchzenden Verbrechens in Moskau, des Vortentats, das an unserem Gesandten dort verübt worden ist, eine völlerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die fluchwürdige Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns jetzt mit der russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterstützen wir sie. Wir unternehmen nichts, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, aber unsere Ohren und unsere Augen müssen wir offen halten, um uns nicht durch eine plötzliche Wandlung der dortigen Verhältnisse überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortchakoff gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub. Wir lassen uns nicht gar keiner politischen Gegenströmung ein, aber wir hören aufmerksam, wozu die Richtungen in Rußland gehen. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme, das ist der

Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist.

Im Anschluß daran ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zu dem Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönlichen Gründe waren, die Herrn von Kühlmann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil, unermüdete Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht bedingt werden könne. Der Reichskanzler fuhr dann fort: Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn von Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr von Hingst ist ein sehr genauer Kenner russischer Verhältnisse. Er ist vor dem Kriege bei der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser Eigenschaft große Reisen durch Rußland gemacht und ist mit den Verhältnissen und Personen sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber, meine Herren, es versteht sich von selbst, daß ich meine Kontroignierung oder Unterschrift zu der Ernennung des Herrn von Hingst nur dann gebe, wenn Herr v. Hingst meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn von Hingst — die Ernennung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft. Ich mache die Politik, der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik zu führen. Davon ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen. Meine Herren! Ich glaube also, ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt werden.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die politischen Zukunftsprobleme im Osten und Westen und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich nach beiden Richtungen hin mit den Erklärungen decke, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gebilligt worden seien.

Die anderweitige Befehung des Auswärtigen Amtes sei nicht auf sichtsliche Meinungsverschiedenheiten, sondern auf Erwägungen persönlicher Art zurückzuführen, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Nachfolger des Staatssekretärs von Kühlmann in Aussicht genommene Gesandte von Hingst habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

Der Eindruck der Kanzlerrede.

Aus dem Reichstag wird dem „Volks-Anz.“ berichtet: Die Rede Hertlings im Hauptauschuß hinterließ einen durchaus günstigen Eindruck. Zwar waren die Ausführungen, die Abgeordneter Schreidemann danach machte, scharf, doch hatte man in den Kreisen der bürgerlichen Parteien, besonders auf der Rechten, erwartet, daß er noch heftiger sprechen würde, als er es tatsächlich getan. Gröber nahm für das Zentrum das Wort. Wohl fand er einige Kräftigkeiten für Herrn von Kühlmann, im übrigen waren aber seine Worte in jeder Beziehung ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler. Die Tatsache, daß Gröber für das Zentrum sprach und sich für den Grafen Hertling erklärte, gilt als Beweis dafür, daß Herr Erzberger nicht mehr den größeren Teil seiner Fraktion hinter sich hat. Hirschfeld, der für die Fortschrittler sprach, drückte sich sehr skeptisch aus. Nach Lage der Dinge ist eine große politische Aussprache im Plenum nicht mehr zu erwarten, und man nimmt in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit an, daß der Reichstag bis Sommerabend seine Arbeiten erledigen wird. Der „Volks-Anz.“ wird aus parlamentarischen Kreisen gemeldet:

ung.
eten.
orstand.
kerkel
en Preisen
tag.
ernruf 203.
ilung
eke
erung.
Wirhaar
phaare)
rn
angroß-
erstr. 48
platz.
rdstraße
et erbeten.